**Rede zum Drogentotengedenktag 2019 (AKS)**

Ich spreche heute als Vertreter des Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit.

In zahlreichen beruflichen Feldern sind wir Sozialarbeiter\*innen tagtäglich mit den verheerenden Folgen der globalen Prohibitionspolitik der letzten mindestens 50 Jahre in Berührung.

Neben den, auch von einigen hier vertretenden Trägern erhobenen praktischen politischen Forderungen an Kommunal-, Landes- und Bundespolitik zur Verbesserung der Hilfe- und Interventionsmöglichkeiten Sozialer Arbeit, will ich den Blick etwas auf die globalen Verheerungen weiten, die ein komplett deregulierter - weil nicht legaler - Markt, wie der der illegalen Drogen in den vergangenen Jahrzehnten angerichtet hat und immer noch täglich anrichtet.

So sind folgende Probleme der Prohibition zu zuschreiben und unmittelbar durch sie bedingt:

**Todesfälle** durch falsche Dosierung durch fehlende Qualitätskontrollen und Inhaltsangaben / Konsum in heimlicher und unwürdiger Umgebung/ Verunreinigung der Substanzen / Cocktails mit unbekannten Wirkstoffen / suizidaler Gebrauch, ausgelöst durch die entwürdigenden sozialen Begleitumstände einer Sucht von illegalen Drogen / Infektionsgefahr durch unhygienische Konsumumstände oder Spritzentausch.

**Ungleichbehandlung** mit Nikotin / Alkohol / Medikamenten: Die Gefährlichkeit von Rausch- und Suchtmittel wird im BtmG nicht realistisch abgebildet. Es herrscht zum einen - gemessen am Suchtpotential und des organischen Schädigungspotentials der einzelnen Substanzen eine grundlegende Ungleichbehandlung mit den immens schädlichen, aber legal eingeschränkt erhältlichen Suchtstoffen Alkohol, Nikotin und verschreibungspflichtiger Medikamente.

**Prohibition als Einfallstor für den Überwachungsstaat:** Die Beschaffung und der Verkauf von illegalisierten Rauschmittel gelten als Delikte, in denen kein "Geschädigter" vorkommt, d.h. im Gegensatz zu z.B. Gewaltdelikten schädigen sich die Einkäufer bestenfalls selbst, haben aber kein Interesse, den Verkäufer strafrechtlich zu belangen, da sie ja weiterhin dort einkaufen wollen. Das bedeutet für die Strafverfolgung, dass Beweise, Zeug\*innen, Beteiligte und weitere für die Strafverfolgung notwendige Informationen den Repressionsorganen in der Regel nicht von "Opfern" bekannt gegeben werden, sondern diese mit teils aufwändigen Überwachungstechniken selbst aktiv beschafft werden müssen. Es werden umfangreich Daten gesammelt, die das informationelle Selbstbestimmungsrecht verletzen.

**Die wirksame Hilfe für Suchterkrankte wird behindert:** Unterstützende und nicht vorwiegend abstinenzorientierte Soziale Arbeit gerät leicht in den Ruch der Unterstützung von Verstößen gegen das BtmG, wenn z.B. die rechtlichen Grundlagen für Konsumräume oder die Akzeptanz für Konsum in geschützten Räumen nicht geklärt ist.

**Eine seriöse Forschung wird verunmöglicht:** Bedingt durch die Prohibition tauchen in Statistiken und Verläufen nur diejenigen auf, die einen problematisches Konsumverhalten aufweisen, es gibt ein unschätzbares Dunkelfeld an unbekannten User\*innen, die ihren Konsum sozial integriert vollziehen, die nie strafverfolgt wurden, die nicht bei Beratungsstellen oder in therapeutischen Einrichtungen auftauchen. Gerade die Erkenntnis, welche Bedingungen dazu führen, dass bei den einen der Konsum massive, teils lebensbedrohliche gesundheitliche und soziale Folgen nach sicht zieht, bei den anderen jedoch nicht, sind immens wichtig für eine seriöse Forschung. Die Androhung von Strafverfolgung erschwert aber ein offenes Sprechen darüber.

**Die Entwicklung von Legal Highs als Folge der Prohibition**: Jede der "klassischen" BtmG-Substanzen (Kokain, Heroin, Cannabis, Amphetamine, LSD) hat mittlerweile ein synthetisches Pedant, das ähnliche Wirkungen erzeugt, aber rein im Labor hergestellt wird. Diese Legal Highs sind, weil die chemische Struktur immer wieder minimal verändert wird, zunächst nicht im BtmG aufgeführt und sobald sie das werden, wird im Labor die Struktur wieder so verändert, dass sie wieder legal verkaufbar sind. Diese Entwicklung auf dem Markt ist allein durch die Prohibition zu erklären. ohne die Prohibition gäbe es viele dieser Stoffe vermutlich nicht. Der Markt hätte sich auf die herkömmlichen "Original"-Substanzen beschränkt. Da die chemische Zusammensetzung ständig verändert wird, ist oft unter Usern nicht wirklich bekannt, worum es sich dabei überhaupt handelt. Langzeitstudien über die Folgen dieser Form von Konsum sind nicht möglich. Der Verkauf verlagert sich von der Straße ins Internet, offene Szenen sind hier nicht mehr anzutreffen.

**Immense Kosten durch Strafverfolgung, Strafvollzug, Aufrüstung von Polizei und Militär:** Lt. einer Studie des Hanfverbandes verursachte die Prohibition nur auf Cannabis bezogen allein in Deutschland im Jahr 2006 schätzungsweise bis zu 6,1 Mrd. Euro Kosten für den staatlichen Haushalt, wovon bis zu 70 % von Polizei, Gerichten und Strafvollzug verursacht wurden. Demgegenüber stehen eine nicht schätzbare Summe von entgangenen Steuereinnahmen durch Mehrwertssteuer bei legalem Verkauf, Lohn- und Einkommenssteuer bei den in Vertrieb und Produktion Beschäftigten. Exakte Statistiken hierüber wurden von der Bundesregierung bislang bedauerlicherweise nicht erhoben. Wenn man versucht, diese Zahlen auf alle anderen vom BtmG erfassten Rauschmittel hochzurechnen, und das im globalen Maßstab über die letzten Jahrzehnte, und zwar ohne dass damit die von Vertreter\*innen der Prohibition selbst proklamierten Ziele auch nur ansatzweise erreicht werden, wird klar, was für eine unglaubliche Verschwendung von öffentlichen MItteln und Ressourcen in der Prohibition liegt.

**Gegenbewegungen:** Es gibt Gegentendenzen und Versuche von Liberalisierungen und Entkriminalisierung in verschiedenen Gesellschaften und Staaten der Erde. In keiner davon ist bislang bekannt, dass dadurch ein Abendland untergegangen wäre.

Im Westen sind hier v.a. Holland, Portugal, die Schweiz, Tschechien, Kanada zu nennen. 10 von 50 US-Bundesstaaten haben bis 2019 den Cannabiskonsum legalisiert, bei weiteren ist dies in Vorbereitung. In Kalifornien werden Steuern dafür erhoben. Hier stehen große Aktienkonzerne bereit, die sich den weltweiten Markt erschließen wollen. Es ist daher zu befürchten, dass die dortige - auf Cannabisprodukte beschränkte - Liberalisierung vor allem aufgrund wirtschaftlicher Interessen großer Konzerne erfolgt.

In Südamerika gehen vor allem Bolivien und Uruguay seit einigen Jahren neue Wege.

Die Weltkommission für Drogenpolitik, gegründet 2011, u.a. von den vorherigen UN-Generalsekretären Kofi Anan und Javier Solana, bezeichnet auf Grundlage zahlreicher wissenschaftlicher Expertisen in einem Bericht den "War on Drugs" als gescheitert und schlägt alternative Politikansätze vor.

Die Politik der Prohibition ist - gemessen an den eigenen proklamierten Zielen, dem Schutz der Bevölkerung vor einer Ausbreitung illegaler Suchtstoffe - auf so offensichtliche Weise gescheitert und in einer Weise verantwortungslos, dass sie selbst schon wieder verbrecherische Züge in sich trägt:

Millionen Menschen mit unproblematischen Konsum wird der Spass verdorben durch Kriminalisierung und Strafverfolgung,

Lebensläufe werden durch Haft, Vorstrafen und Eintragungen ins Führungszeugnis gestört, in nicht wenigen Berufen kann dies einem Berufsverbot gleichkommen, wie auch der Entzug des Führerscheins.

Wirksame Hilfe für Kranke wird verhindert,

Bauern in den Produktionsländern wird die Lebensgrundlagen ohne das Anbieten sinnvoller Alternativen zerstört,

kriminelle Strukturen und paramilitärische Einheiten sind allein durch die nur auf einem illegalen Markt möglichen immensen Gewinnspannen in der Lage, sich massiv militärisch aufzurüsten und durch Korruption die staatlichen Strukturen zu unterwandern.

Dies führt zur globalen Ausbreitung sogenannter "Failed States", in denen gegenüber den hochgerüsteten und finanziell gut ausgestatteten Strukturen der Drogenökonomie kein staatliches Gewaltmonopol mehr durchgesetzt werden kann.

Wikipedia zählt derzeit 31 Staaten auf, von Afghanistan bis Vietnam, in denen eine Entwicklung zu einem sogenannten "Narco-Staat" bereits eingesetzt hat oder weit fortgeschritten ist. Die kriminellen Strukturen werden dann - je nach politischer Lage - geduldet und für eigene Zwecke eingesetzt, oder aber militärisch bekämpft. Beides geht mit Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen einher.

Den Staaten der Welt entgehen Unsummen von möglichen Steuereinnahmen, während gleichzeitig Abermilliarden für Polizei, Justiz, Militär ausgegeben werden, die sinnvoller in Präventionsprojekten, wirtschaftlichen Aufbauprojekten und Systemen der sozialen Sicherung eingesetzt werden könnten. Trotz dieses himmelschreienden Skandals scheinen Positionen für eine progressive Drogenpolitik selbst von fortschrittlichen Parteien in den Wahl- und Parteiprogrammen eher versteckt, anstatt offensiv vertreten zu werden.

Bedauerlicherweise scheint unsere Gesellschaft bereits einen Grad an Brutalisierung erreicht zu haben, dass die Parteistrategen davon ausgehen, es ließen sich mit einem Einsatz für sozial Schwache und Ausgegrenzte keine Wahlen gewinnen, diese seien ja - nach neoliberaler Lesart - "selbst schuld" an ihrer Misere.

Daher gedenken wir heute nicht allein den statistisch erfassten Menschen, deren Todesursache in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Konsum illegaler Drogen steht - das waren in Deutschland 1276 Personen im Jahr 2018 und in Bayern 304 Personen im Jahr 2017 - es geht auch um hunderttausende Menschen weltweit, die in Zusammenhängen mit Gewalttaten, Kriegen, Guerillakämpfen im Kampf gegen den Anbau und Handel, bzw. in Kämpfen um Anteile in einem heiß umkämpften Markt ums Leben kommen.

Nur zwei von vielen Beispielen können dies illustrieren: Seit 2006 starben in Mexiko im Rahmen des Drogenkrieges nach Schätzungen mehr als 200.000 Menschen eines gewaltsamen Todes. In Afghanistan sind lediglich 6 % der Fläche landwirtschaftlich nutzbar, aber 67 % der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Trotzdem kamen aus Afghanistan phasenweise über 90 % der weltweiten Opiumproduktion, den Grundstoff für Heroin. Der seit 40 Jahren andauernde Bürgerkrieg in Afghanistan und das erneute Erstarken reaktionärer Kräfte, wie der Taliban und verschiedener anderer bewaffneter Gruppen wäre nicht denkbar, wenn nicht alle Seiten sich immer wieder durch die Anteile an den Gewinnen der Drogenökonomie militärisch aufrüsten könnten.

Die Sehnsucht nach Genuss und Rausch ist ein menschlicher Grundtatbestand und lässt sich in allen Kulturen auf allen Kontinenten durch alle Zeiten der Menschheitsgeschichte nachweisen. Sie lässt sich nicht einmal in lustfeindlichen Theokratien, wie dem Iran der Mullahs eindämmen, wo jährlich hunderte am Gebrauch schwarzgepanschten Alkohols erblinden.

Der 1972 vom konservativen US-Präsidenten Nixon ausgerufene "War on Drugs" lässt sich daher nicht gewinnen. Die einzig realistische Perspektive, das daraus resultierende Elend zu überwinden, besteht darin, den Krieg zu beenden, die Waffen einzuschmelzen, die Knäste zu leeren und die Produktion und Handel der Substanzen nicht weiter kriminellen Strukturen zu überlassen. Der Markt für Rauschmittel entspricht gerade durch die ungerechtfertigte Illegalisierung am ehesten dem Bild eines komplett "freien" Marktes ohne jegliche staatliche oder gesellschaftliche Regulation, wie er Liberalen vorschwebt. Hinzu kommt, dass dieser Markt aufgrund des Suchtpotentials der Produkte und die damit einhergehenden Entzugserscheinungen immens angebotslastig sind: Die Nachfrage lässt sich - wie die Erfahrung zeigt - weder durch Repression oder den Preis wirksam eindämmen. Eine Legalisierung wäre die einzige realistische Option einer Regulierung: Sie würde den Schwarzmarkt zumindest erheblich eindämmen, wenn nicht ganz zusammen brechen lassen. Sie würde faire Preise für die User ermöglichen, sowie eine gesicherte Existenzgrundlage für die Produzent\*innen darstellen. Natürlich müsste sichergestellt werden, dass die Unternehmen, die die Stoffe produzieren, nicht profitorientiert, sondern bedarfsorientiert arbeiten, dass keine Werbung stattfinden kann, dass Qualitätskontrollen stattfinden und die Stoffe kontrolliert abgegeben werden - abgestuft ihres tatsächlichen Sucht- und Gefährdungspotentials entsprechend - , mit Altersbeschränkung, Warnhinweisen oder nur auf ärztliche Anordnung mit einem Aufschlag für die Mehrwertssteuer.

Die immensen freiwerdenden Mittel durch mögliche Einsparungen bei Polizei, Militär und Justiz sowie die zusätzlichen Steuereinnahmen könnten für Therapie- und Beratungsangebote für Suchtkranke und deren Angehörige, für Forschung, für die Prävention und Aufklärung, für alternative Wirtschaftsförderung der Produzent\*innen sowie Systeme sozialer Sicherung eingesetzt werden.

Dies könnte ein Baustein sein für die Entwicklung von Gesellschaften, die nicht mehr auf Angst und Repression basieren, sondern auf der Verantwortung jedes Einzelnen für sich selbst und die anderen. Diese Gesellschaften wären sicher nicht frei von Suchterkrankungen. Aber möglicherweise würden sich weniger Menschen aufgrund des Gefühls von Sinnleere, der eigenen Verdinglichung und mangelnder eigener und gesellschaftlicher Perspektiven in die chronifizierte Benebelung, Betäubung und Wirklichkeitsverweigerung stürzen.

Dafür wären möglicherweise mehr Menschen als bislang in der Lage, angstfrei und nicht in selbstzerstörerischer Weise zu genießen.